

Pressemitteilung  
Kiel, 12.12.2024

## **Tarifbindung in städtischen Unternehmen: die nächste Etappe zur Lohngerechtigkeit**

*Zum Beschluss des Antrags ‚Antrag zur Tarifbindung und Mitbestimmung in den städtischen Gesellschaften‘ in der heutigen Sitzung der Kieler Ratsversammlung erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:*

„Gerechter Lohn für gute Arbeit ist für die SSW-Ratsfraktion ein Eckpfeiler unserer Bestrebung, das Leben in Kiel für alle bezahlbar zu machen. Aus diesem Grund haben wir bereits im Jahr 2019 mit der ‚Großen Anfrage zur Bezahlung der Beschäftigten der Landeshauptstadt Kiel‘ (Drs. [0054/2019](#)) die Grundlage und Informationsbasis dafür gelegt, die Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die Entlohnung der städtischen Angestellten und derjenigen, die für Tochterunternehmen und -gesellschaften der Stadt arbeiten, zu verbessern.

Aus dieser Anfrage entstand unsere Initiative, die damals noch unterbezahlten Beschäftigten der ausgegliederten Service GmbH des Städtischen Krankenhauses Kiel (SKK) wieder zurück ins Unternehmen und damit in eine angemessene Entlohnung zu führen – ein Haus, ein Tarif. Dieser Weg war lang und nicht ohne Widerstände. Anfang des Jahres 2024 war der Transformationsprozess im SKK abgeschlossen. Das bedeutet jedoch nicht, dass bereits alle Menschen, die sich in einem Beschäftigungsverhältnis mit einem städtischen Tochterunternehmen befinden, für ihre Arbeit auch in gerechter Weise entlohnt werden.

Das Thema Tarifbindung ist ein Dauerlauf mit vielen Etappen. Und so ist auch der ‚Antrag zur Tarifbindung und Mitbestimmung in den städtischen Gesellschaften‘ (Drs. [1381/2024-01](#)), den wir heute mit Grün-Rot gemeinsam gestellt und beschlossen haben, für uns nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit im Kosmos der städtischen Unternehmen. Wir

sehen den beantragten Evaluationen zur Umsetzbarkeit der Tarifbindung gespannt entgegen und freuen uns darauf, mit Hilfe der dann vorliegenden Ergebnisse die nächste Etappe auf dem Weg zu mehr gerechter Bezahlung in Kiel angehen zu können.“